

Antworten auf den Zollkonflikt

Wie die Schweiz ihre Wettbewerbsfähigkeit im Inland über die nächsten 12 Monate stärken kann

Jürg Müller, Patrick Leisibach, Michele Salvi, Patricia Schafer, Lukas Schmid und Diego Taboada

20.08.2025

Die neuen US-Zölle von 39 % treffen einen erheblichen Teil der Schweizer Exportwirtschaft und schaffen Planungsunsicherheit. Neben aussenpolitischen Bemühungen braucht es gezielte innenpolitische Reformen, um die Wettbewerbsfähigkeit zu sichern. Dieses Papier benennt, wo nun rasch gehandelt werden kann – und wo bewusst auf Eingriffe verzichtet werden sollte.

Auf welchen drei Ebenen die Schweiz nun handeln muss (S.2):

1. Taktisch: Verhandlungen mit der Trump-Administration – mit ungewissem Ausgang
2. Strategisch: Aussenwirtschaftspolitik weiterentwickeln, Handelspartner diversifizieren

Fokus

3. Innenpolitisch: Wettbewerbsfähigkeit im Inland gezielt stärken

		
Arbeitsmarkt (S.3)	1. Arbeitsgesetz modernisieren: Vorgaben zu Arbeits- und Ruhezeiten sowie zur Zeiterfassung vereinfachen	2. Lohnkosten stabilisieren: Die Lohnbeiträge mit Kita-Zuschüssen oder Aufhebung der Rentenplafonierung nicht weiter erhöhen 3. Kurzarbeit sichern: Die Bezugsdauer der Kurzarbeit nicht um sechs zusätzliche Monate verlängern
Steuerpolitik (S.4)	4. Steuerbürokratie minimieren: Einen Einheitssatz für die Mehrwertsteuer einführen	5. Fiskalabgaben stabilisieren: Keine neuen Steuern einführen und Steuern nicht erhöhen 6. Zusätzliche Rechtsunsicherheit vermeiden: OECD-Mindeststeuer (noch) nicht aussetzen
Regulierung (S.5)	7. Verwaltungseffizienz steigern: Bewilligungsverfahren mit verbindlichen Vorgaben beschleunigen 8. Bürokratieabbau vorantreiben: Eine «Löschwoche» im Parlament verankern	9. Bürokratieausbau verhindern: Internationale Regulierungen nicht ohne Pflicht übernehmen
Infrastruktur (S.6)	10. Kostengünstige Energieversorgung sichern: Reservekraftwerke bereithalten und Netzentgelte optimieren 11. Digitale Infrastruktur ausbauen: Hürden beim Update des Mobilfunknetzes abbauen	12. Mobilitätsengpässe abbauen: Auf regionalpolitisch motivierte Verkehrsprojekte verzichten
Innovation (S.7)	13. Talente anziehen: Startup-Visa für hochqualifizierte Gründer einführen 14. Innovationshindernisse abbauen: Auf Technologieverbote verzichten und auf Technologieutralität setzen	15. Strukturwandel zulassen: Keine Subventionen für einzelne Branchen gewähren

Gesamtstrategie: Was die Schweiz jetzt tun muss

Anfang August kam der Donnerschlag aus Washington: Auf viele Schweizer Waren, die in die USA exportiert werden, gilt seither ein Zollsatz von 39 %. Das ist doppelt problematisch. Erstens gehört dieser Satz zu den höchsten überhaupt und liegt deutlich über jenem für die EU – das schwächt die relative Wettbewerbsfähigkeit. Zweitens gehen – exklusive Gold – rund 19 % aller Schweizer Warenexporte in die USA, sodass ein erheblicher Teil der Wirtschaft betroffen ist.

Wie lange diese Zollregelung gilt, ist unklar. Die US-Handelspolitik zeigt sich seit Monaten volatil, mit wechselnden Motiven und unsicheren Spielregeln. Das lässt zwar hoffen, dass am Ende doch noch ein niedrigerer Zollsatz ausgehandelt wird. Aber gerade für eine kleine, offene Volkswirtschaft ist die Planungsunsicherheit fast so gravierend wie die Zölle selbst.

Auch wenn die 39 % nicht in Stein gemeisselt sind, ist eines klar: Nichtstun ist keine Option. Umso mehr, als die tektonischen Verschiebungen in der Geopolitik schon länger sichtbar sind. Der ausgebrochene Handelskonflikt ist nur das jüngste Erdbeben, das den Wandel auf der Weltbühne unübersehbar macht. Die Schweiz muss auf diese Zeitenwende auf **drei Ebenen** reagieren:

- **Taktisch:** Die Verhandlungen mit der Trump-Administration müssen weitergeführt werden. Auf dieser Ebene besteht die grösste Unsicherheit, da persönliche Beziehungen essenziell sein werden. Vieles spricht dafür, die Taktik zu überdenken. Ein vertieftes psychologisches und innenpolitisches Verständnis der neuen US-Führung ist zentral – klassische Diplomatie dürfte weniger hilfreich sein. Unkonventionelle Ansätze wie «Profiling» kombiniert mit gezielter PR vor Ort könnten hingegen Erfolg versprechen. Das mag ungewöhnlich klingen und so mancher wird die Nase rümpfen, doch bekanntlich gilt: Staaten haben keine Freunde, sondern nur Interessen. Wichtig ist, dass diese neuen Wege mit dem nächsten Punkt vereinbar bleiben: der gesamten Aussenwirtschaftsstrategie.
- **Strategisch:** Die Aussenwirtschaftsstrategie der Schweiz muss im Gegensatz zur taktischen Ebene nicht komplett neu ausgerichtet, sondern schrittweise angepasst werden. Denn auch wenn die USA wichtig sind: Eine verpatzte Verhandlung heisst nicht, dass die bestehende Aussenwirtschaftspoli-

tik über Bord geworfen werden muss. Trotzdem gilt auch hier: Wir leben in neuen Zeiten – und diese eröffnen immer auch neue Chancen. Diese gilt es zu nutzen. So dürfte jetzt der Moment sein, neue Handelsabkommen abzuschliessen und bestehende Partnerschaften zu vertiefen. Eine stärkere Diversifikation im Handel dürfte sich gerade mittel- und langfristig auszahlen.

- **Innenpolitisch:** Unabhängig von der Aussenpolitik kann die Schweiz im Inland sofort handeln. Die Zeiten werden rauer. Jetzt ist der Moment, die Grundlagen der Wettbewerbsfähigkeit von Schweizer Unternehmen nachhaltig zu stärken. Im Gegensatz zu den beiden anderen Ebenen hat die Schweiz hier alles selbst in der Hand: Die Politik kann eigenständig Massnahmen ergreifen und rasch Verbesserungen erzielen.

In der vorliegenden Analyse steht die **innenpolitische Ebene** im Zentrum. Die Schweiz verfügt über bewährte Institutionen und eine solide wirtschaftliche Basis. Diese Stärken gilt es zu verteidigen und auszubauen. Das bedeutet nicht nur, die richtigen Dinge zu tun, sondern auch die falschen Dinge zu unterlassen: Aktionistische Schnellschüsse sollten vermieden, Partikularinteressen hintangestellt werden. Alle Vorschläge setzen auf Evolution statt Revolution: den Status-quo umsichtig hinterfragen, gezielt verbessern und so das Fundament der Schweizer Wirtschaft festigen.

Innenpolitik I: Arbeitsmarkt

Der flexible Arbeitsmarkt ist ein tragender Pfeiler unseres Wohlstands. Über 80 % der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter sind berufstätig. Die Schweiz weist eine tiefe Arbeitslosigkeit, mit die höchsten Löhne weltweit und eine geringe Einkommensungleichheit auf. All das ist das Ergebnis einer Politik, die auf Eigenverantwortung und unternehmerische Freiheit setzt – und gleichzeitig mit einem sozialen Netz gezielt Sicherheit bietet.

Gerade im aktuellen Zollkonflikt mit den USA zeigt sich der Wert dieses Modells. Die neuen Zölle werden die Warenströme durcheinanderwirbeln. Auf solche sich schnell verändernden Rahmenbedingungen müssen Unternehmen rasch reagieren können. Starre Regulierungen beim Einsatz von Arbeitskräften wirken dabei wie ein Stein am Bein. Unsere Vorschläge zielen deshalb darauf ab, bürokratische Hürden abzubauen und weitere Kostensteigerungen für Unternehmen zu vermeiden.

1. Bürokratie bei Arbeitszeiten und Zeiterfassung abschaffen

Das heutige Arbeitsgesetz stammt aus dem Industriezeitalter. Es passt nicht mehr zu modernen Arbeitswelten. Starre Vorgaben zu Arbeits- und Ruhezeiten sowie eine detaillierte Zeiterfassung sind gerade für die meisten Dienstleistungsberufe nicht zeitgemäss. Sie erschweren den Umgang mit schwankender Arbeitslast und erzeugen unnötige Bürokratie. Der Rechtsrahmen sollte entsprechend überarbeitet werden. Gefragt sind etwa flexiblere Arbeitszeitmodelle und eine reduzierte Erfassungspflicht. Die seit Jahren im Parlament hängigen Reformvorlagen sollten jetzt umgesetzt werden.

Weiterführende Informationen:

Adler, T., & Salvi, M. (2017). Wenn die Roboter kommen: Den Arbeitsmarkt für die Digitalisierung vorbereiten. <https://avenir-suisse.ch/publication/wenn-die-roboter-kommen/>

2. Die Lohnbeiträge nicht weiter erhöhen

Für Schweizer Unternehmen sind gut ausgebildete Fachkräfte zentral. Dieser Vorteil geht allerdings mit einem der höchsten Lohnniveaus weltweit einher. Staatliche Abzüge verteuern die Arbeit zusätzlich. Hier gilt es, gezielt Gegensteuer zu geben. Zwar steckt die Schweiz in einer kniffligen Lage, wurde doch erst gerade die 13. AHV-Rente beschlossen. Doch gerade jetzt

muss bei deren Finanzierung zwingend auf die Lohnkosten Rücksicht genommen werden. Umso mehr gilt dies für weitere Vorhaben, die über zusätzliche Lohnbeiträge finanziert werden sollen – etwa die Aufhebung der Rentenplafonierung für Ehepaare oder eine pauschale Betreuungszulage für Kinder in Kitas. Auf neue oder höhere Lohnbeiträge ist im jetzigen unsicheren Umfeld konsequent zu verzichten, um die Produktion in der Schweiz nicht weiter zu verteuern.

Weiterführende Informationen:

Schafer, P. (2025). Kita-Subventionen: Teuer, aber wirkungslos? <https://avenir-suisse.ch/blog-kita-subventionen-teuer-aber-wirkungslos/>

3. Die Kurzarbeit nicht zur Dauerlösung ausbauen

Der Zollschock zeigt, wie plötzlich und einschneidend externe Ereignisse Unternehmen unter Druck setzen können. Kurzarbeit ist in solchen Phasen ein bewährtes Instrument, um vorübergehende Einbrüche abzufedern und wirtschaftliche Substanz zu erhalten. Eine zu lange Bezugsdauer bringt jedoch erhebliche Kosten für die Allgemeinheit und Risiken für die Wettbewerbsfähigkeit mit sich. Sie kann einen langfristig positiven Strukturwandel verzögern, Mitnahmeeffekte fördern und – besonders problematisch – Fachkräfte dem Arbeitsmarkt entziehen.

Wie eingangs erwähnt, stecken wir in einer grundlegenden geopolitischen Neuausrichtung. Daher sind wir heute nicht nur mit konjunkturellen, sondern auch mit strukturellen Herausforderungen konfrontiert. Um die langfristige Wettbewerbsfähigkeit zu sichern, sollte die bereits auf 18 Monate verlängerte Maximaldauer der Kurzarbeit nicht noch weiter auf zwei Jahre ausgedehnt werden – denn ökonomisch ist klar: Zwei Jahre haben nur wenig mit einem konjunkturellen Zyklus zu tun.

Weiterführende Informationen:

Salvi, M., Müller, V., & Schnell, P. (2021). Voll fit? Die Folgen der Corona-Pandemie für den Schweizer Arbeitsmarkt. <https://avenir-suisse.ch/publication/voll-fit/>

Innenpolitik II: Steuerpolitik

Ein wettbewerbsfähiges, effizientes und unbürokratisches Steuersystem ist ein zentraler Standortvorteil. Im internationalen Vergleich gehört die Schweiz bei der Attraktivität von Unternehmenssteuern zur Spitze. Globale Initiativen wie die OECD-Mindeststeuer und steigende Staatsausgaben setzen diesen Vorteil jedoch zunehmend unter Druck.

In Zeiten zusätzlicher Belastungen wie den neuen US-Zöllen zählt jeder Prozentpunkt bei den Margen: Für viele exportorientierte Firmen sind die finanziellen Spielräume geschrumpft. Eine moderate Steuerbelastung bei geringem administrativem Aufwand hilft, diesen finanziellen Puffer zumindest nicht noch weiter aufzuzehren – und ermöglicht so notwendige betriebliche Anpassungen.

4. Einen Einheitssatz für die Mehrwertsteuer einführen

Die heutige Mehrwertsteuer ist unnötig komplex. Unterschiedliche Steuersätze und komplizierte Ausnahmen verursachen hohe Verwaltungskosten, aufwendige Dokumentation und Rechtsunsicherheit. Ein Einheitssatz würde den administrativen Aufwand – heute auf rund 1,5 Milliarden Franken geschätzt – deutlich senken.

Diese Reform liesse sich für den Bund ertragsneutral umzusetzen: Das Steueraufkommen bliebe gleich, die Unternehmen hätten jedoch mehr Ressourcen für ihr Kerngeschäft. Dass diese Massnahme nicht schon lange realisiert wurde, liegt vor allem an Partikularinteressen privilegierter Branchen. Die neue geopolitische Situation sollte nun Anlass sein, über den eigenen Schatten zu springen.

Weiterführende Informationen:

Salvi, M., & Zobrist, L. (2013). Zwischen Last und Leistung: Ein Steuerkompass für die Schweiz. <https://avenir-suisse.ch/publication/steuersystem-schweiz-zwischen-last-und-leistung/>

5. Steuern nicht erhöhen

Die neuen US-Zölle schmälern sowohl die Nachfrage nach Schweizer Exportprodukten als auch die Gewinnmargen der betroffenen Unternehmen. Umso wichtiger ist es, Unternehmen nicht zusätzlich durch höhere Steuern zu belasten. Nur so behalten sie den Spielraum, um negative Effekte abzufedern, strategi-

sche Anpassungen vorzunehmen und gleichzeitig Investitionen sowie Arbeitsplätze zu sichern.

Nun ist nicht die Zeit, bestehende Abgaben zu erhöhen oder neue Steuern einzuführen – das würde Unternehmer und Firmen in einem denkbar ungünstigen Zeitpunkt empfindlich treffen. Auf Steuererhöhungen oder neue Steuerarten sollte daher jetzt, wo immer möglich, verzichtet werden.

Weiterführende Informationen:

Salvi, M., & Marty, J. (2024). Der Weg zu gesunden Bundesfinanzen: Steuern erhöhen, Ausgaben kürzen oder die Schuldenbremse lockern? <https://avenir-suisse.ch/publication/der-weg-zu-gesunden-bundesfinanzen/>

6. Die OECD-Mindeststeuer (noch) nicht aussetzen

Die Umsetzung der OECD-Mindeststeuer stellt sicher, dass die Gewinne grosser Konzerne mit mindestens 15 % besteuert werden. Dieses internationale Regelwerk steht dem Steuerwettbewerb und damit den Interessen der Schweiz entgegen. Es wurde damals auf internationalen Druck hin eingeführt. Würde der Bundesrat die dafür eingeführten Ergänzungssteuern nun aussetzen, dürfte das zum jetzigen Zeitpunkt jedoch mit Problemen einhergehen. Grund sind die «Income Inclusion Rule» (IIR) sowie die «Undertaxed Payments Rule» (UTPR). Diese Korrektursteuern erlauben anderen Staaten, in denen ein Konzern ansässig ist, «unterbesteuerter» Gewinne anstelle der Schweiz zu besteuern.

Solange die EU und andere eng mit der Schweiz verflochtene Volkswirtschaften (z. B. das Vereinigte Königreich) an der IIR und UTPR festhalten, könnten sie die in der Schweiz «unterbesteuerten» Gewinne selbst besteuern. Zudem wären betroffene Unternehmen besonders bei der UTPR zusätzlichem administrativen Aufwand im Ausland ausgesetzt. Derzeit ist jedoch vieles im Fluss. Sollte die Gefahr einer Anwendung der Korrektursteuern durch andere Staaten sinken, wäre die Schweiz gut beraten, ihre Umsetzung der OECD-Mindeststeuer zu überdenken.

Weiterführende Informationen:

Schmid, L., & Hutter, E. (2022). Schöne neue Steuerwelt: Was Bund und Kantone als Reaktion auf die OECD-Steuerreform tun und lassen sollten. <https://avenir-suisse.ch/publication/schoene-neue-steuerwelt-neuordnung-der-internationalen-unternehmensbesteuerung/>

Innenpolitik III: Regulierung

Übermässige Regulierung bremst Innovation, kostet Unternehmen Milliarden und belastet Bürgerinnen und Bürger. Vieles spricht dafür, dass die Regulierung mittlerweile ein Übermass erreicht hat: Seit den 1980er Jahren hat sich die Zahl der Erlasse mehr als verdoppelt, die Verwaltung ist zwischen 2011 und 2022 um fast 20 % gewachsen, und KMU wenden jährlich über 6 Milliarden Franken allein für die Erfüllung administrativer Vorgaben auf – mehr, als der Bund für die Landesverteidigung budgetiert.

In der aktuellen Lage ist es entscheidend, keinen zusätzlichen Aufwand durch unnötige Bürokratie zu schaffen und den Umgang mit bestehender Regulierung zu optimieren. Denn jede Stunde und jeder Franken, der in komplexe Bewilligungsverfahren oder redundante Berichtspflichten fliesst, fehlt den Firmen für die Anpassung an veränderte Marktbedingungen.

7. Bewilligungsverfahren beschleunigen

In vielen Bereichen dauern Verfahren länger als nötig – von Unternehmensgründungen bis zu Bauprojekten. Ein Beispiel: In Zürich dauert es vom Baugesuch bis zur Baubewilligung 330 Tage – ein halbes Jahr länger als noch 2010. Solche Fristen verzögern Investitionen, binden Kapital und mindern die Planungssicherheit. Abhilfe schaffen könnten etwa digitale Einreichungen, verbindliche Bearbeitungsfristen mit automatischer Bewilligung nach Fristablauf oder zentrale Anlaufstellen. Solche Massnahmen beschleunigen Verfahren, senken Bürokratiekosten und steigern damit die Wettbewerbsfähigkeit – ohne den rechtlichen Schutz zu schwächen.

Weiterführende Informationen:

Rühli, L., Schnell, F., & Müller-Jentsch, D. (2019). Baubewilligungen dauern immer länger. <https://avenir-suisse.ch/baubewilligungen-dauern-immer-laenger/>

8. Eine «Löschwoche» im Parlament verankern

Ähnlich einem Frühlingsputz sollte das Parlament einmal im Jahr eine Sessionswoche ausschliesslich dem Entrümpeln überholter Strukturen widmen – also gezieltem Bürokratieabbau und Verwaltungsreorganisation. Die Vorbereitung könnte durch eine parlamentarische (Sub-)Kommission erfolgen, ergänzt um eine Bürgerbeteiligung via Online-Formular.

Im Fokus stünden jene Bereiche mit den grössten wirtschaftlichen Bremswirkungen, etwa Bau, Energie oder Gesundheit. Zudem würde eine konsequente Ex-post-Evaluation neuer Regeln helfen, unwirksame oder ineffiziente Vorschriften mit dem schlechtesten Kosten-Nutzen-Verhältnis zu streichen, statt Ressourcen in symbolische Detailanpassungen zu lenken. Davon profitieren Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen gleichermaßen – durch tiefere Bürokratie-Kosten und weniger administrativen Aufwand.

Weiterführende Informationen:

Müller, J. (2024). Frühlingsputz im Parlament: Wie wir mit einer «Löschwoche» verstaubte Gesetze und Regulierungen loswerden. <https://avenir-suisse.ch/fruehlingsputz-im-parlament/>
Salvi, M., & Güttinger, P. (2025). Lähmende Bürokratie. <https://avenir-suisse.ch/microsite/laehmende-buerokratie/>

9. Internationale Regulierungen nicht ohne Pflicht übernehmen

Seit 2023 müssen grosse Schweizer Unternehmen jährlich einen Nachhaltigkeitsbericht vorlegen. Nun, nur zwei Jahre später, plant der Bundesrat bereits eine Ausweitung der Pflicht – obwohl die bisherige Regulierung noch nicht einmal evaluiert wurde. Grundlage ist eine Angleichung an die EU-Richtlinie zur Nachhaltigkeitsberichterstattung (CSRD). Laut Berechnungen von Avenir Suisse könnten die jährlichen Kosten dadurch auf bis zu 1,7 Milliarden Franken steigen.

Hier ist ein Marschhalt angebracht. Künftig sollte gelten: Internationale Normen werden nur übernommen, wenn eine unmittelbare völkerrechtliche Verpflichtung besteht. Und bevor eine Aktualisierung erfolgen soll, gilt es die bestehenden Regeln konsequent zu evaluieren – die Beweispflicht für den Nutzen einer Verschärfung liegt bei der Politik.

Weiterführende Informationen:

Salvi, M., & Güttinger, P. (2025). Nachhaltig mehr Bürokratie. <https://avenir-suisse.ch/publication/nachhaltig-mehr-buerokratie/>

Innenpolitik IV: Infrastruktur

Eine funktionierende Infrastruktur ist zentral für die Wettbewerbsfähigkeit eines Landes. Die Schweiz belegt in internationalen Rankings zur Infrastrukturqualität Spitzenplätze. Aber nicht zuletzt das anhaltend starke Bevölkerungswachstum zeigt zunehmend Kapazitätsgrenzen auf – und auch der technologische Fortschritt erfordert eine kontinuierliche Erneuerung der Infrastruktur. In Zeiten zusätzlicher Belastungen ist es für die Unternehmen umso wichtiger, dass Verkehrswege, digitale Netze und Energieversorgung reibungslos funktionieren – damit keine zusätzlichen Wettbewerbsnachteile entstehen.

10. Versorgungssicherheit mit Energie gewährleisten

Für Schweizer Unternehmen ist eine stabile, bezahlbare und planbare Stromversorgung existenziell. Kurzfristig gilt es, erstens, die geopolitischen Verschiebungen bei der Bereitstellung ausreichender Winterreserven zu berücksichtigen – etwa mit flexiblen Reservekraftwerken. Zweitens ist die Problematik der Netzentgelte anzugehen, die für Grossverbraucher innert zehn Jahren um 50% gestiegen sind. Hier haben verzögerte Modernisierungen, aber auch eine problematische indirekte Subventionierung des Solarausbaus die Kosten erhöht. Drittens ist die Förderung der erneuerbaren Energien anzupassen, deren Kosten in den nächsten Jahren stark zunehmen dürften. Wird an der Förderung festgehalten, sollte diese technologieneutral sein und das Thema der Versorgungssicherheit im Winter stärker berücksichtigen. Zugleich ist das Technologieverbot im Bereich der Kernkraftwerke aufzuheben, um gerade bei technologischen Durchbrüchen rasch reagieren zu können. Gerade in unsicheren Zeiten ist eine verlässliche Energieversorgung besonders wichtig.

Weiterführende Informationen:

Eisenring, C., & Stocker, S. (2024). Emotionale Diskussion um Industriestrom: Wie teuer ist die Schweiz? <https://avenir-suisse.ch/blog-emotionale-diskussion-um-industriestrom-wie-teuer-ist-die-schweiz/>
Dümmler, P., Stocker, S., Bonato, M., & Hug Alonso, T. (2023). Energiepolitik unter Strom: Lösungsansätze im Spannungsfeld zwischen Versorgungssicherheit, Nachhaltigkeit und Wirtschaftlichkeit. <https://avenir-suisse.ch/publication/energiepolitik-unter-strom/>

11. Eine leistungsfähige digitale Infrastruktur ermöglichen

Im 21. Jahrhundert sind leistungsfähige Kommunikationsnetze für Wirtschaft und Gesellschaft unver-

zichtbar. Dank eines weitgehend funktionierenden Infrastrukturwettbewerbs im Mobilfunk- und Festnetzbereich steht die Schweiz grundsätzlich gut da. Dennoch stellt sie sich beim Netzausbau immer wieder selbst ein Bein. So sind die bürokratischen Hürden beim Ausbau des Mobilfunknetzes enorm hoch; vom Baugesuch bis zur Inbetriebnahme einer neuen Antenne dauert es mitunter Jahre. Und selbst bei bestehenden Antennen sind umfangreiche Verfahren nötig, wenn lediglich ein Technologie-Update vorgenommen wird. Diese bürokratischen Hindernisse bremsen den Fortschritt unnötig. Notwendig sind beschleunigte Bewilligungsverfahren für neue Anlagen und insbesondere vereinfachte Regeln für Anpassungen an bestehenden Antennen. Andernfalls droht die Qualität der digitalen Infrastruktur nach und nach zu sinken – und die Wirtschaft hätte noch mit einem zusätzlichen Wettbewerbsnachteil in der neuen Weltordnung zu kämpfen.

Weiterführende Informationen:

Müller, J., & Ammann, B. (2020). Was ein 5G-Moratorium für die Schweiz bedeuten würde. <https://avenir-suisse.ch/publication/was-ein-5g-moratorium-fuer-die-schweiz-bedeuten-wuerde/>
Müller, J., & Grabher, L. (2021). Glasfaser aufs Maiensäss: Über die Politisierung der Grundversorgung beim Ausbau des Breitbandinternets. <https://avenir-suisse.ch/glasfaser-aufs-maiensaess/>

12. Auf regionalpolitisch motivierte Verkehrsprojekte verzichten

Das Bundesamt für Strassen zählte 2023 über 48000 Stautunden auf dem Schweizer Nationalstrassennetz – und auch der öffentliche Verkehr ist zu Spitzenzeiten überlastet. Solche Engpässe verursachen jährlich hohe volkswirtschaftliche Kosten. Ihre Beseitigung hat auch aus Sicht der Wettbewerbsfähigkeit eine hohe Priorität, denn ein effizientes Mobilitätssystem ist ein Schlüsselfaktor für die Wirtschaft. Trotzdem fliessen derzeit viele öffentliche Mittel in Projekte, die weniger nach objektivem Nutzen als nach regionalpolitischem Druck oder Subventionslogik priorisiert werden. Das bindet Ressourcen, verzögert dringend notwendige Entlastungen und verschärft bestehende Engpässe. Statt Gelder zu verzetteln, sollten sie konsequent dort eingesetzt werden, wo der grösste Nutzen für Wirtschaft und Bevölkerung entsteht – etwa beim gezielten Ausbau von Engpassstrecken.

Weiterführende Informationen:

Hutter, E., & Rühli, L. (2024). Agglomerationsprogramme auf ewig? <https://avenir-suisse.ch/agglomerationsprogramme-auf-ewig/>

Innenpolitik V: Innovation

Produktivitätswachstum ist der zentrale Treiber für Wohlstand und Wettbewerbsfähigkeit – das gilt umso mehr für eine kleine Volkswirtschaft ohne natürliche Ressourcen. Hinter einer steigenden Produktivität stehen letztlich Innovationen, also die Entwicklung neuartiger Produkte und Verfahren. Der jüngste Zollschock verdeutlicht: Je teurer Schweizer Produkte im Ausland werden, desto entscheidender sind Vorsprünge bei Qualität, Effizienz und Prozessen, um Wettbewerbsnachteile auszugleichen.

Für die Schweiz sind Innovationen damit essenziell. Doch die Innovationsfähigkeit zu steigern, ist alles andere als einfach. Denn wenn es um die Produktivität geht, kann die Politik nur begrenzt und indirekt wirken. Umso wichtiger ist es, Hindernisse zu beseitigen, Fehler zu vermeiden und den Standort so attraktiv wie möglich zu gestalten.

13. Startup-Visa für hochqualifizierte Gründer einführen

Innovative Startups sind ein Treiber des Produktivitätswachstums – und hinter ihnen stehen in der Regel hochqualifizierte Menschen. Um den Standort weiter zu stärken, sollten daher die Hürden für globale Talente abgebaut werden. Eine der wirksamsten Massnahmen wäre die Einführung eines Visums für Gründer aus Drittstaaten. Während andere Länder derzeit eine Politik betreiben, die Talente eher abschreckt, könnte die Schweiz damit ein Zeichen setzen: Bei uns sind Menschen mit guten Ideen und Unternehmehrsgeist willkommen – egal welchen Pass sie haben.

Weiterführende Informationen:

Leisibach, P., Schnell, P., & Grabher, L. (2023). Grenzenlos innovativ: Die Bedeutung der Erwerbsmigration für den Innovationsstandort Schweiz. <https://avenir-suisse.ch/publication/grenzenlos-innovativ/>

14. Hindernisse für Innovationen in etablierten Branchen abbauen

Produktivitätssprünge passieren nicht nur in Startups, sondern auch in etablierten Firmen. In der Schweiz bestehen dabei zwei Arten von Hürden, die jetzt abgebaut werden sollten. Erstens unterminieren fehlende Technologieneutralität bei der Regulierung sowie (de facto) Technologieverbote die Attraktivität des Landes als angewandten Forschungsstandort – sei es im Bereich der Nukleartechnik oder der Gentechnik. Ein

Beispiel ist das geplante neue Gesetz über Pflanzen aus neuen Züchtungstechnologien, das äusserst restriktiv ausgestaltet ist und den Einsatz moderner Gentechnik faktisch verhindert. Zweitens bremsen politische Störmanöver den technologischen Fortschritt teilweise massiv aus, was wiederum Folge-Innovationen verhindert – etwa beim elektronischen Patientendossier, das die Datenverfügbarkeit für klinische Studien einschränkt.

Weiterführende Informationen:

Cosandey, J., & Estevez, S. (2023). Wann sind neue Medikamente zu teuer? <https://avenir-suisse.ch/publication/wann-sind-neue-medikamente-zu-teuer/>

Müller, J., & Ammann, B. (2020). Was ein 5G-Moratorium für die Schweiz bedeuten würde. <https://avenir-suisse.ch/publication/was-ein-5g-moratorium-fuer-die-schweiz-bedeutet-wuerde/>

15. Keine Subventionen für ausgewählte Branchen gewähren

Wenn eine Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit gefordert wird, folgt oft reflexartig der Ruf nach Subventionen. Doch solche Fördergelder bewirken langfristig meist das Gegenteil. Aktive Eingriffe in die Wirtschaftsstruktur verzögern den notwendigen Strukturwandel und schwächen damit auf Dauer sowohl die Wettbewerbsfähigkeit der unterstützten Betriebe als auch die Volkswirtschaft als Ganzes.

Hinzu kommt, dass Subventionen finanziert werden müssen – meist über Steuern, die wiederum die Lohnkosten erhöhen und die Wirtschaft zusätzlich belasten. Ein Staatsfonds, geäufnet mit Geldern der Schweizerischen Nationalbank, würde dieses Problem zwar lösen, aber zu einem hohen Preis: Er könnte die Stabilität des Schweizer Frankens untergraben – einem Schlüsselfaktor für die Wettbewerbsfähigkeit des Landes.

Weiterführende Informationen:

Schmid, L., Grabher, L., & Schäfer, T. (2024). Zeit für Industriepolitik? Die Folgen einer staatlich gelenkten Wirtschaft. <https://avenir-suisse.ch/publication/zeit-fuer-industriepolitik/>

Schmid, L., & Güttinger, P. (2025). Welche Renaissance der Industrie wollen wir? <https://avenir-suisse.ch/blog-welche-renaissance-der-industrie-wollen-wir/>



Autoren Jürg Müller, Patrick Leisibach, Michele Salvi,
Patricia Schafer, Lukas Schmid und Diego Taboada

Gestaltung Ernie Ernst

Herausgeber Avenir Suisse, Zürich

Download avenir-suisse.ch/publication/antworten-auf-den-zollkonflikt/

avenir suisse



Dieses Werk ist urheberrechtlich geschützt. Da Avenir Suisse an der Verbreitung der hier präsentierten Ideen interessiert ist, ist die Verwertung der Erkenntnisse, Daten und Abbildungen dieser Publikation durch Dritte ausdrücklich erwünscht, sofern die Quelle exakt und gut sichtbar angegeben wird und die gesetzlichen Urheberrechtsbestimmungen eingehalten werden.

avenir-suisse.ch info@avenir-suisse.ch +41 44 445 90 00

